

Karl Koller, Obmann der christlich-sozialen Plattform „Nova Europa“

Die Bürger haben die Wahl: (Öko)soziale Marktwirtschaft in einer Europäischen Föderation oder Amerikanisierung der europäischen Volkswirtschaften

Die Volksabstimmungen über den europäischen Verfassungsvertrag in Frankreich und den Niederlanden wie auch die Bundestagswahl in Deutschland haben es gezeigt: Die (Kontinental)Europäer lehnen die neoliberale Ideologie ab und wollen die Aufrechterhaltung des europäischen Modells der (Öko)sozialen Marktwirtschaft. Möglich wird dies freilich nur bei Aufgabe der nationalen Souveränitäten zugunsten einer Europäischen Föderation.

Die Marktwirtschaft war keineswegs ein Erfolgsmodell von Anfang an. Denn bald nach dem Beginn des industriellen Zeitalters stellte sich heraus, dass die Dinge nicht so einfach lagen, wie es die Klassiker (Smith, Ricardo, Say) vermuteten – aus Eigennutz wurde nicht automatisch Gemeinnutz. Das Elend der Arbeitermassen und der von ihren Höfen durch Wucherzinsen vertriebenen Bauern war ein Unrecht, das zum Himmel schrie. In der denkwürdigen ersten Sozialenzyklika „*Rerum novarum*“ verurteilt Papst Leo XIII 1891 diese Entwicklung mit scharfen Worten („... und so konnten wenige übermäßig Reiche einer Masse von Besitzlosen ein nahezu sklavisches Joch auferlegen“).

Pius XI schrieb in der Enzyklika „*Quadragesimo anno*“ 1931 über die Grundirrtümer des Liberalismus: „Dieser Staatsauffassung, die im Staat nur den Wächter der Rechtsordnung erblicken will, setzte Leo unbeirrt die Lehre vom Rechts- und Wohlfahrtsstaat entgegen.“ Und an einer anderen Stelle schrieb er „... ebenso wenig kann die rechte Ordnung der Wirtschaft (allein) dem freien Wettbewerb anheim gestellt werden. Das ist der Grundirrtum der individualistischen Wirtschaftswissenschaften ...“.

Das marktwirtschaftliche Wirtschaftssystem wurde erst nach dem Zweiten Weltkrieg erfolgreich, da man Lehren aus der Weltwirtschaftskrise zog. Den nationalen Ökonomien wurde durch staatliche Ordnungspolitik ein Rahmen gesetzt und zudem durch eine aktive Wirtschaftspolitik versucht, den Konjunkturverlauf zu verstetigen (theoretische Basis war das Werk *John Maynard Keynes*: „*General Theory of Employment, Interest and Money*“). Lohnverhandlungen auf Verbandsebene sorgten für ein Gleichgewicht zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern – wodurch den Lohnempfängern ein gerechter Anteil am Sozialprodukt insb. an dessen Zuwachs gesichert werden konnte. Dies war gleichzeitig Voraussetzung für die Schaffung von Massenkaukraft, welche eine der Voraussetzungen für das rasante Wachstum der Nationalökonomien war. Arbeitslosen- und Sozialversicherung (Krankheit, Alter) spannten ein soziales Netz, das der Masse der Bevölkerung solidarischen Schutz vor den Risiken des Lebens bot. Aus einer ungezügelter Marktwirtschaft wurde so das Erfolgsmodell der Sozialen Marktwirtschaft.

Soziale Marktwirtschaft und aktive Konjunkturpolitik wird auch durch die Soziallehre der Kirche gutgeheißen. So schrieb Johannes XXIII in der Enzyklika „*Mater et magistra*“ 1961 „... die Fortschritte der wissenschaftlichen Erkenntnis geben der staatlichen Führung Möglichkeiten an die Hand ... Spannungen zu mildern; die aus den Konjunkturschwankungen der Wirtschaft sich ergebenden Störungen zu begrenzen und durch vorbeugende Maßnahmen den Eintritt von Massenarbeitslosigkeit wirksam zu verhindern. Darum ist es von der staatlichen Führung, die für das Gemeinwohl verantwortlich ist, immer wieder zu fordern, dass sie sich auf vielfältige Weise, umfassender und planmäßiger als früher, wirtschaftspolitisch betätigt ...“.

In den frühen Siebzigerjahren des Zwanzigsten Jahrhunderts begann langsam die Erkenntnis zu wachsen, dass der Mensch die Erde überfordert und dies – wenn keine Korrekturen erfolgen – in eine Katastrophe münden muss. Das Modell der Sozialen Marktwirtschaft sollte zu einer ökologisch-sozialen Marktwirtschaft weiterentwickelt werden. In Österreich prägte Josef Riegler während seiner ÖVP-Obmannschaft den Begriff der „Ökosozialen Marktwirtschaft“. Um einen dynamischen Prozess der Verbesserung unserer Lebensbedingungen einzuleiten, müssten die Marktmechanismen, Wettbewerb und Preissystem genutzt werden. Ökonomen sprechen in diesem Zusammenhang von der Notwendigkeit einer Internalisierung der externen Kosten (das sind jene Lasten, die bisher der Allgemeinheit und kommenden Generationen angelastet werden, wie eine verschmutzte Umwelt, die Kosten notwendiger Sanierungsmaßnahmen oder den unwiederbringlichen Verbrauch von Bodenschätzen). Dies kann z.B. durch Ökosteuern bewerkstelligt werden.

Die tatsächliche Entwicklung ist aber anders verlaufen – nicht die Ökosoziale Marktwirtschaft setzte sich durch – es kam vielmehr zu einem Rückfall in den Liberalismus, den man heute als Neoliberalismus bezeichnet. Durch das stete Wachstum des Welthandels, gefördert durch den Abbau von Handelsbarrieren in den diversen GATT- und WTO-Runden und die Liberalisierung der Finanzmärkte – insb. dem Verzicht auf Devisenverkehrskontrollen in vielen Staaten – verschmolzen die durch Handels- und Finanzbeziehungen verbundenen Nationalökonomien zu einer einzigen Weltwirtschaft. Die Finanzmärkte sind heute weitgehend von der güterproduzierenden- und güterhandelnden Realwirtschaft abgekoppelt (so stehen im Devisenhandel nur rund 2 % der Transaktionen mit realen Handelsgeschäften im Zusammenhang – die restlichen 98 % dienen der Renditeoptimierung). Und durch die Kapitalverkehrsfreiheit können Konzerne und Unternehmen ihre Produktionsstandorte jederzeit in fast jedes Land weltweit verlagern.

Dies alles hat zu einer Entmachtung der nationalen Wirtschaftspolitik wie der Arbeitnehmervertretungen (Gewerkschaften) geführt. Aus dem Primat der Politik über die Wirtschaft, der die Soziale Marktwirtschaft kennzeichnete, wurde ein Primat der anonymen globalisierten Marktkräfte über die Politik. Die Möglichkeiten der nationalen Wirtschaftspolitik beschränken sich auf die „Verbesserung des Wirtschaftsstandortes“, was zur Quelle eines negativen Standortwettbewerbes im Bereich Steuern und Löhne wurde, den niemand gewinnen kann und der zu einer Umverteilung von Einkommen und Vermögen von den Geringverdienern zu den Besserverdienern, von den Ärmern zu den Reichen führt. So sinkt seit dem Ende der 70er Jahre die Lohnquote am Volkseinkommen, während die Gewinnquote steigt – was unmittelbare Folge dessen ist, dass die jährliche Steigerung der Produktivität – durch zu geringe Lohnhöhungen – fast ausschließlich dem Produktionsfaktor Kapital zugute kommt.

Dass die Europäer nicht bereit sind eine solche Entwicklung zu akzeptieren, zeigten die Volksabstimmungen in Frankreich und den Niederlanden über den EU-Verfassungsvertrag aber auch die Wahlen in Deutschland. Es ist übereinstimmende Ansicht der Meinungsforscher wie der Kommentatoren, dass vor allem die französische Bevölkerung mit ihrem „Nein“ zur EU-Verfassung die Ideologie des Neoliberalismus ablehnen wollte, die man – zu Unrecht – im Text des Vertrages zu erkennen glaubte. Auch in Deutschland fand sich bei den Bundestagswahlen keine Mehrheit für die Verschärfung der neoliberal inspirierten Politik der Regierung Schröder durch eine CDU/CSU-FDP Koalition. Die CDU wäre – will sie zukünftig Wahlen gewinnen – gut beraten, wieder in die christdemokratische Mitte zu rücken und wie von ihrem großen Vordenkers Heiner Geißler schon vor den Wahlen empfohlen, ein Konzept für eine weltweite Ökosoziale Marktwirtschaft zu entwickeln.

Wie kann die de facto tote (Öko)soziale Marktwirtschaft wieder zum Leben erweckt, wie das europäische Gesellschafts- und Wirtschaftsmodell aufrechterhalten werden?

Unter den Rahmenbedingungen der Globalökonomie bedarf es zumindest der Europäisierung der Wirtschaftspolitik. Dies wurde bisher im notwendigen Ausmaß nur für die Geldpolitik erreicht – die EZB agiert wie die Zentralbank eines Staates. Der gesamte Bereich der Finanzpolitik (Steuern, Staatsausgaben) befindet sich dagegen immer noch in den Händen der europäischen Nationalstaaten. Da Koordinierung nicht funktioniert und auch nicht funktionieren kann, bedarf es letztlich des Zusammenschlusses zumindest der europäischen Kernstaaten (jedenfalls EU-Gründungsmitglieder, auch Österreich sollte im eigenen Interesse dazugehören) zu einem europäischen Bundesstaat.

Ein solcher Staat wäre in der Lage, ergänzend zu einer angebotsorientierten Wirtschaftspolitik auch wieder nachfrageorientierte Wirtschaftspolitik (Konjunkturpolitik) zu betreiben und er wäre aufgrund seiner Größe und ökonomischen Bedeutung ein Global Player der Weltwirtschaft, der zusammen mit den USA und Japan die weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen neu gestalten könnte. Zumindest die Schaffung einer neuen globalen Finanzarchitektur, eine Reform des Welthandelssystems und wirksame Maßnahmen gegen den Klimawandel sind ein absolutes „Muss“.

Zugegebenermaßen wäre die Aufgabe der nationalen Souveränität bzw. deren Abgabe an eine Europäische Föderation ein Schritt, der vielen Bürgern Unbehagen bereitet. Unter den Rahmenbedingungen der wirtschaftlichen Globalisierung – die von keinem der europäischen Nationalstaaten änderbar ist – ist die Alternative freilich die Durchsetzung des amerikanischen Wirtschaftsmodells in Europa und der damit verbundenen Ideologie des Neoliberalismus. Auf diese beiden Alternativen wird man letztlich die politische Debatte zuspitzen müssen. Die Bürger Europas haben die Wahl.

Mag. Karl Koller, Jahrgang 1962, hat an der Wirtschaftsuniversität Wien Betriebs- und Volkswirtschaft studiert; 1988-1992 Generalsekretär des Cartellverbandes der katholischen österreichischen Studentenverbindungen; seit 1992 in der ÖKV-Coface, dort seit 2001 Senior Analyst; Obmann der christlich-sozialen Plattform „Nova Europa“, die im Dezember 2003 gegründet wurde und sich für eine christlich-soziale Politik und eine europäische Föderation einsetzt.